

Haushaltrede der AfD vom 24.11. 2022 im Gemeinderat.  
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Anwesende!

Eine Haushaltplanung von mehreren 100 Seiten ringt einem buchhalterischen Laien wie mir große Achtung ab. Vielen Dank für die sorgfältige detaillierte Arbeit.

Die EDV ermöglicht und erleichtert diese Arbeit sicher wesentlich, führt aber auf diesem Wege zu immer mehr und stärker gegliederter Planung, zu mehr Arbeit und Personalbedarf im Vergleich zu einer mehr pauschalierenden Aufstellung. Wo liegen die Grenzen des noch Hilfreichen zur Überverwaltung?

Weil wir mit den Folgen leben und planen müssen, möchte ich mit einem Abriß der deutschen Energiesituation beginnen.

Die deutsche Energiewende ist technisch nicht machbar. Der Versuch ist für Deutschland ruinös und im Weltmaßstab ineffektiv. Die Mehrzahl der Menschheit folgt uns nicht, steigert weiter massiv die Verbrennung von Kohle, Gas und Öl, aber arbeitet auch an Alternativen, bei denen wir einmal führend waren. Dort spielt die Zukunft. Alle, selbst die Ölstaaten bauen AKWs, allein Deutschland will alle schließen. Wir sind die „Geisterfahrer der Energiewirtschaft“ (Prof. Werner Sinn).

Kein Land außer uns schließt gleichzeitig fast alle grundlastfähigen Stromquellen ohne einen adäquaten Ersatz zu haben.

Mit dem Ausstieg aus grundlastfähigen Stromerzeugern sind wir im Plan. Für einen funktionierenden Ersatz gibt es gar keinen Plan, sondern nur nicht fertig gedachte Illusionen.

Zur Zeit erzeugen wir mit rund 33500 Windturbinen und unbekannter Solarfläche knapp 1/3 unseres Strombedarfs. Für eine Vollversorgung brauchten wir dann um 100 000 Windräder und entsprechende Solarflächen. Das bedingte bei Sonnenschein und kräftigem Wind einen riesigen Überschuß und an etwa 120 Tagen im Jahr einen dramatischen Mangel. Beides werden die Nachbarländer nicht mehr kompensieren können.

Der Gesamtenergiebedarf Deutschlands liegt beim 5-fachen des

Strombedarfs. Das wären dann 500 000 Windtürme und Solar dazu, d.h. Deutschland würde eine Kombination aus Windpark und Solarfeldern. Die 2% Flächenbedarf sind billige Demagogie, der selbst das Fraunhofer-Institut widerspricht.

Zum Ausgleich der Dunkelflauten waren als Zwischenlösung Gaskraftwerke gedacht. Wir haben 60 und brauchten 160.

Die entscheidende Frage der Speicherung ist ungelöst und technisch mögliche Lösungen sind nicht bezahlbar. Strom zu Wasserstoff per Elektrolyse und wieder zu Strom per Brennstoffzelle bedeutet 70% Verlust, und Brennstoffzellen sind teuer und haben eine begrenzte Lebensdauer. Wasserstoffkraftwerke gibt es noch nicht mal auf dem Papier - Stahl versprödet bei Wasserstoffverbrennung.

Akut stehen wir vor einer dramatischen Verschärfung der lang gebahnten Energiekrise als Folge nicht durchdachter und offenbar nicht kriegswirksamer Sanktionen. Es geht nicht darum, einen Angriffskrieg zu rechtfertigen, aber wir, nicht Rußland, haben die Kohlezüge gestoppt (30% unsers Bedarfs). Wir haben den Hahn für das Öl aus Rußland geschlossen (50% unsers Bedarfs? und wir nehmen die selbst nach den Anschlägen noch teilfunktionsfähige Nordstream2-Leitung nicht in Betrieb, von einer Reparatur zu schweigen.

LNG aus amerikanischem Frackinggas kann die Mengen nicht ansatzweise ersetzen und kostet ein Mehrfaches. Deutschland hat bisher aus Rußland pro Jahr 55 Milliarden m<sup>3</sup> Gas bezogen. Die USA können maximal 15 Milliarden m<sup>3</sup> liefern. Diese Differenz, gewürzt mit Fehlen von Kohle und Öl ist nicht ohne ausgedehnte Stilllegungen kompensierbar.

Wir verweigern uns der Erschließung unserer landeseigenen Gasreserven. Es ist lästig, aber nicht wirklich schlimm, bei Kerzenlicht im Mantel Abend zu essen, aber es es schlimm, daß dabei unsere Lebensgrundlage, unsere Industrie kaputt geht bzw. samt bestausgebildeten Menschen das Land verläßt - und die kommen nicht zurück.

Wovon sollen wir dann unsere steil steigenden Kosten, insbesondere Sozialausgaben, noch bezahlen und wie wird das mit dem sozialen Frieden im Land?

Ja, das alles sind kaum Handlungsfelder unserer Stadt, aber es ist der Rahmen, dessen wir uns bewußt werden müssen. Wir werden uns bei der Planung und Umsetzung aller Vorhaben mehr auf die eigenen Mög

lichkeiten beschränken müssen und weniger von Bund und Land erwarten können. Im übrigen ist das kein Geschenk des Himmels, sondern es sind auch das unsere Steuergelder, oder, noch schlimmer, frisch gedrucktes Geld bei galoppierender Inflation.

Wir leben noch relativ gut von Landes- und Bundeszuschüssen und von Steuern aus dem Überhang aus der Coronazeit. Die Einnahmen werden als Folge der jetzigen Situation erst 23/24 einbrechen. Das Ausmaß ist nicht realistisch abschätzbar. Selbst das hängt inzwischen von Wetter, vom Wetter des kommenden Winters, ab. Das sind Kennzeichen einer Bananenrepublik.

Von der Haushaltrede des OB ermutigt bitte paar Gedanken zur Klinikentwicklung, ein Kreisthema. Aus medizinischen Gründen die ständig administrativ verschärft werden, ist die seit langem angedachte und jetzt vom Landrat vorgeschlagene Zentralklinik die richtige Lösung. Die Vorschläge unseres OB zum Ausbau der Aalener Klinik haben durchaus eine innere Logik und könnten bei Mittelknappheit zum Tragen kommen. Eine ideale Klinik mit günstigster Lage aus einem Guß würde das jedoch nicht, und jahrelange Bauarbeiten am Klinikum wären problematisch.

Zur Besserung der ambulanten ärztlichen Versorgung sind wir der Meinung, daß der Zweck das Mittel heiligt und werden alle durchdachten Schritte zu Verbesserung mittragen, von der Begünstigung der Niederlassung einzelner Ärzte bis zum kommunalen MVZ.

Der Beschluss der Klimaneutralität Aalens 2035 ist nicht einmal numerisch strukturiert. Was genau wollen wir erreichen? Wieviel CO<sub>2</sub> pro Einwohner darfs dann noch sein?

Bei immer knapper werdenden Mitteln und steilen Preisanstiegen müßten wir bis 2035 alle Gebäude energetisch sanieren, Wandisolation, neue Fenster, Wärmepumpenheizungen. Nur noch E-Autos, die tatsächlich nur grünen Strom tanken und eine komplett umgestellte Industrie - auf was eigentlich? Strom - und wo soll der herkommen, noch dazu CO<sub>2</sub>-frei produziert? Wasserstoff: in der Zeit nicht realisierbar und viel zu teuer.

Nicht erreichbare Ziele sind nicht nur Mittelverschwendung, sondern führen zu Frust und Politikverdrossenheit.

Dabei verbleibe ich hier bewußt in dem Denksystem der herrschenden CO<sub>2</sub>-Doktrin, das ich aus guten Gründen nicht teile.

**Wir beantragen deshalb eine Revision des Beschlusses zur Klimaneutralität 2035** und dafür keine weiteren Mittel und Arbeitskraft einzusetzen. Lassen Sie uns mit den verbleibenden Möglichkeiten sinnvoll umgehen, anstatt sie für utopische Ziele zu vergeuden.

Stadt Begrünung, Natur- und Landschaftsschutz statt Umwandlung in Windparks und Solarfelder für wetterabhängigen teuren Strom. „Wind und Sonne schicken keine Rechnung.“, aber die Strompreise waren in Deutschland schon vor den aktuellen Krisen mit Dänemark, das auf Wind setzt, die mit Abstand höchsten der Welt.

Ich kenne aus privaten Gründen relativ gut Südspanien. Dort gibt es abhängig von Wochen- oder Feiertag sowie an Wochentagen von der Tageszeit zwei sehr unterschiedliche Stromtarife. Da nutzt man fast automatisch die billigeren Zeiten und hilft damit den Bedarf zu glätten.

**Wir beantragen, mit den Stadtwerken zu prüfen, ob Vergleichbares auch bei uns machbar ist.**

Wir wiederholen unsere Kritik an einer einseitig am CO<sub>2</sub> orientierten Bauweise. Die Kosten steigen bei Minimierung des Energiebedarfs exponentiell und der Nutzen am oberen Ende nur noch minimal. Lassen sie uns vernünftig wirtschaftlich bauen und für die Einsparung besser weitere Wohnungen errichten.

Es besteht eine Planung zur Stadtbegrünung und ein Baumpflanzprogramm.

**Wir beantragen, das im Gemeinderat zur Diskussion zu stellen.**

**Gibt es einen Plan zur Begrünung der** neu gebauten Asphaltwüste an der Wilhelmstraße? Warum werden immer wieder Bäume und Büsche in riesige Behälter gesetzt statt ausgepflanzt? Das behindert das Wachstum und bedarf ständiger Pflege.

**Ein weiterer Antrag gilt der Reduktion von Fehlbelegungen** von Sozialwohnungen durch regelmäßige Überprüfung und klare Konsequenzen. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung für dieses Vorhaben?

**Wir beantragen einen Stopp der immer weiter ins Detail** gehenden Verwaltung. Nicht alles, was man per EDV erfassen kann, ist zentral zu regeln sinnvoll. Das beständige technische und personelle Wachstum der Verwaltungseinrichtungen verbraucht Ressourcen und hemmt die Entfaltung vor allem des produktiven Sektors.

**Dazu ist der nächste Antrag kein Widerspruch** weil er Menschen für

praktische Arbeit für die Gemeinde und nicht weitere Datenverwalter erfordert. Wir beantragen 2 zusätzliche Mitarbeiter für den Außendienst des Ordnungsamtes. Nach Einschätzung des Amtes wäre das sinnvoll und nötig, um die Einhaltung der öffentlichen Ordnung in Aalen effektiv sicherzustellen.

**Wir beantragen einen Notfallplan für das Rathaus** und die Stadt. Der hoffentlich nicht eintretende, aber von Experten inzwischen für gut denkbar gehaltene worst case eines Black out heißt Stromausfall in weitem Umkreis bis Teilen Europas für Tage bis Wochen. Da geht nichts mehr, kein Telefon, kein Internet und keine Tankstelle, und nach kurzer Zeit bricht die Wasserversorgung zusammen. Wie sind wir dafür gerüstet? Was kann vorbereitend getan werden? Die Dieselreserven des Rathauses reichen angeblich für einen Tag.

Die Stadt hat die Selbstverpflichtung zum Bau von Radwegen von 2 auf 2,5 Millionen/Jahr erhöht. Ich will hier nicht diskutieren, ob das im nunmehr gegebenen Rahmen angemessen ist.

**Wir beantragen weitere Schritte zur Freigabe des restlichen Teils der Schättere-strecke** für den Radverkehr samt einem auch für Familien mit dem Rad begehbaren Anschluß (z.B. Holzsteg) zur Waldhäuser Steige, sodaß sich eine echter fahrradtauglicher Alaufstieg mit bescheidenen Mitteln ergäbe. Im unteren Teil der Schättere-Strecke. In der Region des Pflaumbaches liegt eine auffällige Brücke und wenig landwärts ein ebenfalls verfallener Durchlass zur Ableitung bei Hochwasser. Das sollte saniert werden bevor es zum Einsturz bzw. Verstopfung kommt.

Der Bundestag hat am 30.09.22 eine am 07.10.22 vom Bundesrat bestätigte und damit rechtskräftige Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen. Da wurde Sars-Cov-2 aus der Liste der besonders ansteckenden Krankheiten gestrichen.

**Wir beantragen deshalb, die Testung Gesunder, besonders der Kinder,** einzustellen bzw. einstellen zu lassen und im Betrieb des Gemeinderates zum Normalzustand vor Covid zurückzukehren.

Masken zu tragen und Impfung müssen ausschließlich freiwillig sein und die Diskriminierung Ungeimpfter ist zu unterlassen.

**Von Bürgern darauf angesprochen beantragen wir, den seit längerem** geplanten und immer wieder verschobenen Dirtpark in der Zentralstadt

als Ersatz für den Park im Tannenwäldle nicht auf 2024 zu verschieben, sondern wie 2022 geplant im Jahr 23 zu realisieren (Haushaltplan 2022 S. 216, 2023 S. 398). Der gesamte bisherige Vorgang ist für die interessierten Bürger ein nachvollziehbares Ärgernis und enttäuschend.

Alternativ: Wir unterstützen den Antrag, den Dirtpark in der Innenstadt nicht auf 2024 erneut zu verschieben, sondern wie 2022 beschlossen, 2023 zu bauen.

Vielen Dank.